Bergkamen war für Alfred Gleisner wie eins seiner Kinder

„Bergkamen war wie ein Kind für ihn“, erzählt Ehefrau Elisabeth über den ersten Bergkamener Stadtdirektor Alfred Gleisner. Morgens, wenn er aufstand, habe er über die Stadt gesprochen, und auch noch abends beim Zubettgehen. Dass das Kind eines ihrer Väter durch die Benennung des Alfred-Gleisner-Platzes würdigt, hätte ihn sehr gefreut.



Elisabeth Gleisner kommt am Mittwoch nicht allein zur Enthüllung der neuen Schilder. Begleitet wird sie von Sohn Horst, Tochter Monika und Schwiegertochter Katharina, als Bürgermeister Roland Schäfer symbolisch eines der Schilder enthüllt. Vor allem die jüngeren Bergkamener sollen so angeregt werden, nachzufragen: „Wer war eigentlich Alfred Gleisner?“

Als der für die damaligen Gemeinden Bergkamen, Rünthe und Overberge zuständige Amtsbürgermeister in Pelkum stellte er zusammen mit seinem Freund, dem Landrat des Kreises Unna Hubert Biernat, die entscheidenden Weichen für deren Zusammenschluss mit Weddinghofen, Oberaden und Heil zu einer großen Stadt. Als dies geschafft war (Nur Overberge ließ sich etwas mehr Zeit.) wurde er selbst Bergkamener Verwaltungschef. Dabei erledigte er nicht nur ein großes Arbeitspensum, sondern hat auch Weitblick bewiesen, wie sich Beigeordneter Horst Mecklenbrauck erinnert. Mecklenbrauck wie auch Manfred Turk gehörten 1966 zu den jungen Mitarbeitern Gleisners. Damals hab er ihnen erklärt: „Ihr habt den Marschall-Stab in euren

Tornistern.“ Mecklenbrauck war damals noch nicht ganz klar, was Gleisner mit diesem militärischen Sprachgebrauch ausdrücken wollte. Den nächsten Aufstieg in der Beamtenhierarchie vielleicht? Heute ist das klar: Beide gehören dem Bergkamener Verwaltungsvorstand an.



Überschattet wird die Enthüllungsfeier durch einen Vorfall, der sich in einer der Nächte davor ereignet haben muss. „Da hat sich doch jemand an das Schild gehängt und mutwillig verbogen“, ärgert sich Stadtarchivar Martin Litzinger. Das Schild muss jetzt repariert werden und die Enthüllung wurde von der Ebertstraße in die Nähe des Parkplatzes gegenüber der St. Elisabeth-Kirche verlegt. Dieser Parkplatz gehört übrigens nicht zum Alfred-Gleisner-Platz. Auch nicht die Gebäude an der Ost- und Westseite. Sie behalten ihre alte Adresse „Am Stadtmarkt“.

Martin Litzinger hatte im Vorfeld eine Menge über das Leben Alfred Gleisners zu Papier gebracht. Er schreibt:

„Alfred Gleisner war einer der „Gründungsväter“ der Stadt Bergkamen. Vom 1. Januar bis zum 14. Juni 1966 war er der erste Gemeindedirektor der Großgemeinde Bergkamen, seit dem 14. Juni 1966 (Verleihung der Bezeichnung „Stadt“) bis zu seiner Pensionierung im Juni 1973 dann erster Stadtdirektor der neu entstandenen Stadt Bergkamen.

Während seiner Amtszeit hat sich Alfred Gleisner stets mit sehr hohem und weit über dienstliche Pflicht hinausgehendem persönlichem Engagement für die Belange und Interessen der jungen Stadt Bergkamen und ihrer Bürgerinnen und Bürger eingesetzt.

Alfred Gleisner wurde am 19. Juni 1908 in Kamen geboren. Er

entstammte einer Bergmannsfamilie und war nach Schulbesuch und bergmännischer Lehrzeit zunächst auch als Bergmann berufstätig.

Begünstigt durch eigene Fort- und Weiterbildung konnte Gleisner 1928 einen neuen Berufsweg einschlagen. Er trat in den preußischen Polizeidienst ein und wurde nach Absolvierung der Kriminalpolizeischule in Potsdam 1932 Inspektor im polizeilichen Sicherheitsdienst.

Nach dem Regierungsantritt durch die Nationalsozialisten musste er 1933 den Polizeidienst allerdings verlassen, weil er aktives Mitglied des demokratisch gesinnten republikanischen Polizeibeamtenverbandes war und den neuen Machthabern deshalb als politisch unzuverlässig galt.

Gleisner arbeitete dann für Versicherungen, als Organisationsleiter verschiedener Gesellschaften und schließlich kaufmännisch als Geschäftsführer einer Firma in Frankfurt. Während des Krieges war Gleisner als Offizier zunächst im Frontdienst eingesetzt, nach einer schweren Verletzung dann im Stabsdienst.

Geprägt vom Erleben von NS-Diktatur und Krieg entschied sich Alfred Gleisner schon sehr bald nach Kriegsende für ein politisches Engagement. Er trat in die SPD ein und war von 1946 bis1959 hauptamtlich als Parteisekretär des SPD-Unterbezirks tätig. Ein besonderes Anliegen war es ihm insbesondere während der ersten Nachkriegsjahre, die durch Nationalsozialismus und Krieg desillusionierten jungen Menschen für die Demokratie zu gewinnen. Er setze sich aber auch aktiv gegen die von den Alliierten geplante Demontage des „Chemischen Werke Bergkamen“ ein. Wäre dies letztlich nicht gelungen, sähe Bergkamen ganz anders aus. Näheres dazu gibt es hier.

Wichtige politische und parlamentarische Erfahrungen sammelte Gleisner schon sehr früh im Rat der Stadt Unna, im Kreistag

des Kreises Unna und als Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen, in dem er stellvertretender Vorsitzender des Rechts- und des Justizausschusses besondere Verantwortung trug.

Am 14. August 1949 wurde Alfred Gleisner als Abgeordneter in den ersten Deutschen Bundestag gewählt. Hier fand er ein wichtiges neues Betätigungsfeld in den Ausschüssen „Innere Verwaltung“ und „Schutz der Verfassung“.

Bis 1959 gehörte Alfred Gleisner ohne Unterbrechung dem Deutschen Bundestag an. Zwei Jahre vor dem Ende seiner dritten Legislaturperiode legte er im April 1959 auf eigenen Wunsch sein Mandat nieder, um sich von nun an ganz der Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik widmen zu können, nachdem er bereits 1958 Amtsdirektor des Amtes Pelkum geworden war.

Gleisner, für den Kommunalpolitik nach eigener Auffassung stets die gleiche Bedeutung wie Landes- und Bundespolitik hatte, war davon überzeugt, dass der Wunsch nach besserem Leben und größerer Gemeinsamkeit am ehesten durch und in der gemeindlichen Selbstverwaltung zu erfüllen sei.

Er wusste zugleich aber auch von der Leistungsschwäche vieler Gemeinden, die in ihrer Kleinteiligkeit und mit ihren veralteten Strukturen den Anforderungen der neuen Zeit nicht mehr gewachsen waren und ihr nicht mehr gerecht werden konnten.

So wurde Gleisner gemeinsam mit seinem Freund Hubert Biernat, Landrat des Kreises Unna und später Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, zu einem Vorkämpfer einer dringend notwendigen allgemeinen Neuordnung der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen.

Lange vor der allgemeinen kommunalen Neugliederung in Nordrhein-Westfalen warb und wirkte Gleisner tatkräftig – gleichsam als Modellfall für die Zukunft – für den

politischen Zusammenschluss der Gemeinden Bergkamen, Oberaden, Weddinghofen, Rünthe, Heil und Overberge zu einem neuen Gemeinwesen, dies aber nicht „von oben herab“ durch den Federstrich einer Behörde oder des Gesetzes, sondern freiwillig „von unten“ auf der Basis verantwortungsbewusster Mitgestaltung durch Gemeinderäte und Bürger.

Vor diesem Hintergrund war es dann schließlich nur folgerichtig, dass Alfred Gleisner nach der Bildung der Großgemeinde und späteren Stadt Bergkamen die Leitung der Amtsverwaltung Pelkum abgab und als Verwaltungschef in Bergkamen gemeinsam mit dem Bürgermeister und dem Rat der Stadt die schwierige und überaus wichtige erste Aufbauphase des neuen Gemeinwesens leitete.

Das Ziel der Wahrung und Förderung kommunaler Interessen und Belange verfolgte Gleisner aber auch überregional. So gehörte er zu dem Personenkreis, der den Zusammenschluss des nordrhein-westfälischen Städtebundes und des Gemeindetages herbeiführten. Er wurde Gründungspräsident des neuen Städte- und Gemeindebundes Nordrhein Westfalen und gehörte überdies auch dem Präsidium des Deutschen Städte- und Gemeindebundes an.

Am 30. Juni 1973 trat Bergkamens erster Stadtdirektor Alfred Gleisner in den Ruhestand.

Für seine gesamte politische Tätigkeit und seine Verdienste um die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden wurde Alfred Gleisner 1973 mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet, die Stadt Bergkamen verlieh ihm in Anerkennung und Würdigung seines tatkräftigen und unermüdlichen Wirkens zum Wohle der jungen Stadt als bis heute einzigem Träger dieser Würde die Ehrenbürgerschaft.

Alfred Gleisner starb am 15. Februar 1991 in Unna.“

Öffentlicher Teil des Stadtmarkts soll künftig Alfred-Gleisner-Platz heißen

Der öffentliche Teil des Stadtmarkts in Bergkamen-Mitte soll in Alfred-Gleisner-Platz umbenannten werden. Über diesen stimmt der Stadtrat in seiner nächsten Sitzung am 23. Mai in öffentlicher Sitzung ab. Eine Adressenänderung wird es allerding für Anlieger des Stadtmarktes nicht geben.



Bergkamens erster Stadtdirektor Alfred Gleisner

„Alfred Gleisner war einer der „Gründungsväter“ der Stadt Bergkamen. Vom 1. Januar bis zum 14. Juni 1966 war er der erste Gemeindedirektor der Großgemeinde Bergkamen, seit dem 14. Juni 1966 (Verleihung der Bezeichnung „Stadt“) bis zu seiner Pensionierung im Juni 1973 dann erster Stadtdirektor der neu entstandenen Stadt Bergkamen“, heißt es in der Begründung für diese Umbenennung.

Und: „Für seine gesamte politische Tätigkeit und seine Verdienste um die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden wurde Alfred Gleisner 1973 mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet, die Stadt Bergkamen verlieh ihm in Anerkennung und Würdigung seines tatkräftigen und unermüdlichen Wirkens zum Wohle der jungen Stadt als bis heute einzigem Träger dieser Würde die Ehrenbürgerschaft.“ (Der gesamte Text befindet sich hier.)

In der Begründung fehlt allerdings ein wichtiges Detail: die Rolle Alfred Gleisners bei der Verhinderung der Demontage der damaligen „Chemischen Werke Bergkamen“. Wäre sein Einsatz und der einiger anderer Persönlichkeiten nicht erfolgreich gewesen, dass gebe es vermutlich heute weder den Chemiestandort Bergkamen mit Bayer (früher Schering) noch die Stadt Bergkamen.

Alfred Gleisner sicherte den Chemiestandort Bergkamen

Was damals vor rund 65 Jahren geschah, könnte durchaus Stoff für einen Thriller sein. Im Herbst 1947 fielen dem damaligen Sekretär der Kreis-SPD Unna und dem Arnsberger Regierungspräsidenten Fries ein Geheimpapier der britischen Militärregierung in die Hände: eine Liste von 750 Betrieben, die die Alliierten als Entschädigung für die von Nazi-Deutschland verursachten Kriegsschäden demontieren als wollten.

Insbesondere eine Position elektrisierte Gleisner. Auch das Chemische Werk Bergkamen sollte wie die Fischer-Tropsch-Anlagen der Gewerkschaft Victor in Castrop-Rauxel und die Dortmunder Paraffin-Werke GmbH als ehemals kriegswichtige Betriebe und als Wiedergutmachung für Kriegsschäden in seine brauchbaren Teile zerlegt und abtransportiert werden.

Fries und Gleisner brachten diese Liste zusammen mit dem Landrat des Kreises Unna, Hubert Biernat, umgehend nach

Hannover zum SPD Vorsitzenden Kurt Schumacher, der sie sofort veröffentlichte. Die Bekanntgabe der 750 Demontagebetriebe löste in den betroffenen Gemeinden und Städten heftige Reaktionen aus.

Eineinhalb Jahre hätten die Arbeiter in Bergkamen in den Aufbau des Chemischen Werks investiert, erklärte Gleisner am 13. Oktober 1947 dem britischen Kommandanten in Unna, Oberstleutnant Baker. Die geplante Demontage sei Wahnsinn. Und: Die Arbeiter seien nicht gewillt, nur passiven Widerstand zu leisten. „Der Marshallplan (Anm.: zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft) wird sinnlos, wenn wir unsere Betriebe demontieren müssen und nicht mehr amortisieren können. Vom Vertrauen der Bevölkerung zur Militärregierung ist nur ein kümmerlicher Rest übrig geblieben.“

Demontage der Chemischen Werke verhindert



Belgische Soldaten rücken zu den Chemischen Werken Bergkamen an. (Anm.: Dieses und das folgende Foto stammen aus dem Nachlass von Hubert Biernat. Er hat selbst fotografiert und hat offensichtlich das Anrücken der belgischen Soldaten vor Ort beobachtet.)

Bis zum endgültigen Demontagebeschluss gingen allerdings noch rund eineinhalb Jahre ins zerstörte Land. Offensichtlich gab es sowohl bei den Amerikanern als auch bei den Briten einflussreiche Kräfte, die vom Sinn solch einer Aktion und damit auch von der Schwächung der deutschen Wirtschaft nicht überzeugt waren. Immerhin hatte auch schon der „Kalte Krieg“, der 1949 in der Berlin Blockade den ersten Höhepunkt erreichte, längst begonnen. Die Westdeutschen hatten sich in ihren Augen allmählich vom einstigen Feind zum möglichen Partner gewandelt.

Unterstützung erhielten die Bergkamener übrigens auch von Seiten der evangelischen Landeskirche. Von Pfarren und Presbytern vor Ort informiert nahm Präses Wilms bei seiner England-Reise Anfang Juni 1949 noch Kontakt mit maßgeblichen Stellen auf den britischen Inseln auf. Er verdeutlichte ihnen, was er von der geplante Demontage hielt: Es sei Unrecht.

Trotzdem erhielt Kreisresidenzoffizier Baker im April 1949 telefonisch die „Vorwarnung“, dass nun die Chemischen Werke in Bergkamen endgültig demontiert werden sollten. Bislang hatte sich der Protest noch auf Zeitungsartikel und Debatten in Gemeinderäten und im Kreistag beschränkt. Nun wurden Demonstrationen durch die Bevölkerung befürchtet.

Bergkamener wehren sich gegen die Demontage



Soldaten räumen

Straßensperren weg, die die Bergkamener ihnen in den Weg gestellt hatten.

Die kamen auch und zwar sehr heftig. Bereits bei der Vorbesichtigung am 8. Juni 1949, an der auch Mitarbeiter des Vertragsunternehmens Müller aus Dortmund beteiligt waren, wurde der Vertreter dieser Firma getreten sowie mit Fäusten und Knüppel geschlagen. Eine Folge war, dass Landrat Hubert Biernat, Bergkamens Bürgermeister Johannes Heuser, Direktor Schwenke und der Betriebsratsvorsitzende der Chemischen Werke, Alfred Weber, zum Regionalbefehlshaber nach Düsseldorf zitiert wurden.

Vielleicht war ein Ergebnis dieses Gesprächs, dass sich am 13. Juni, als die Leute der Firma Müller zu den Chemischen Werken anrückten, um die Demontage zu starten, die Belegschaft und der Betriebsrat noch ruhig verhielten. Vor dem Werkstor hatten sich aber mehrere hundert Menschen versammelt. Darunter befanden sich viele Witwen des großen Grubenunglücks auf Grimberg 3/4. Sie hatten im Bereich der Eisenbahnüberführung in der Nacht mehrere Kohlewagen, Betonklötze und schweres Gerät als Barrikaden aufgestellt. Der Lastwagen mit dem Demontagearbeitern wurde gestoppt.

Die gesamte Aktion wurde zunächst aufgeschoben und belgische Einheiten, die in Unna stationiert waren, gegen 8.30 Uhr alarmiert. Sie rückten gegen 11.15 Uhr mit 250 Soldaten aus, die von drei Abteilungen Schützenpanzerwagen begleitet wurden.

Als die zwei Kompanien auf der Töddinghauser Straße vor der Eisenbahnüberführung eintrafen, hatten die Demonstranten die Barrikaden verstärkt. Für die Schützenpanzerwagen war es aber nicht schwierig, die Barrikaden beiseite zu schieben. Die Belgier drangen in das Werksgelände ein und sicherten es mit Stacheldraht. Gleichzeitig wurden die Werksleitung und die Angestellten verhaftet.

Trotz der Sicherungsmaßnahmen gelang es dem SPD-Sekretär Alfred Gleisner, an der Postenkette vorbei in das Direktionsgebäude der Chemischen Werke einzudringen. Dort erklärte er den Besatzern, dass in den Chemischen Werken die Analyse für die Wetterführung der benachbarten Zeche erfolge. Sollten alle Arbeiter und Angestellten das Gelände Grimberg 1/2, wie verlangt, verlassen, dann könne für die Grubensicherheit nicht mehr garantiert werden. Unklar ist, ob es sich hier um eine Finte Gleisners gehandelt hat. Anschließend mussten jedenfalls nur diejenigen Mitarbeiter das Werksgelände verlassen, die nicht unbedingt für die Sicherheit der Chemischen Werke und der benachbarten Zeche Grimberg 1/2 verantwortlich waren. Sie erhielten Passierscheine.

Bei der Besetzung gingen die Belgier nicht zimperlich vor. So zerstörten sie unter anderem das Mobiliar im Betriebsratsbüro. Zwischen den Besatzern und den vor den Werkstoren demonstrierenden Bergkamenern gab es allerdings keine ernsthaften Zusammenstöße.

Über die Besetzung der Chemischen Werke und den Protest der Bevölkerung berichtete damals die Presse im In- und Ausland. Nach der Klage der Briten hätten die Reporter damals nur Lügen verbreitet. Dass es überhaupt zu einer militärischen Aktion am 13. Juni 1949 gekommen ist, dafür machte der Kreisresidenzoffizier vor allem Alfred Gleisner und den damaligen Landrat Hubert Biernat verantwortlich. Er sprach sogar von einer „Affäre Gleisner“.

Am 28. Juli 1949 zog die Militärregierung in Arnsberg die belgischen Soldaten von den Chemischen Werken Bergkamen ab. Einen Tag vorher beorderte sie den Bergkamener Bürgermeister, die Vertreter des Werkes und des Kreises Unna zu sich, um sie von diesem Schritt zu informieren. Verlangt wurde von ihnen, alles zu tun, um Zusammenstöße in Zusammenhang mit der weiteren Demontage zu verhindern. Sollte es trotzdem zu Konfrontationen kommen, werde die Militärregierung nicht zögern, das Werk erneut mit Truppen zu besetzen.

„In Bergkamen geht die Arbeit störungslos voran“, heißt es im Monatsbericht des Residenzoffiziers für September 1949. „Die örtliche Bevölkerung scheint das Interesse vollständig verloren zu haben oder hat sich in das Unvermeidliche geschickt.“

„Petersberger Abkommen“ brachte die Rettung



Die Freunde Alfred Gleisner (r.) und Hubert-Biernat (vorn, groß) nach einer Grubenfahrt in den 1950er Jahren. Foto: Kreisarchiv Unna

Der letztlich erfolglose Widerstand der Mitarbeiter der Chemischen Werke und der Bergkamener Bergleute sorgte für großes internationales Aufsehen. Wenig später bemühte sich Bundeskanzler Konrad Adenauer in Verhandlungen mit den Alliierten um ein Demontagestopp-Abkommen. Ergebnis war 1950 das „Petersberger Abkommen“, durch das die Chemischen Werke Bergkamen und ähnliche Anlagen im Ruhrgebiet von der Demontage ausgenommen wurden. Bereits 1951 wurde in Bergkamen die Produktion wieder aufgenommen.

Doch die wirtschaftliche Situation wurde für die Chemischen Werke Bergkamen in den Jahren danach zunehmend schlechter. Erdöl war auf dem Weltmarkt billig zu haben. Die Nachfrage

nach dem Treibstoff aus Kohle, der zudem wenig klopffest war, ging gegen null. Und auch für das Nebenprodukt Fett sah es immer schlechter aus. In den Wirtschaftswunderjahren wollten die Deutschen „gute Butter“ auf dem Frühstückstisch haben und keine künstliche Margarine.

Ein Glücksfall war es sicherlich für den Industriestandort Bergkamen, dass die Schering AG wegen der zunehmenden Verschärfung des „Kalten Kriegs“ und der Insellage ihres Firmensitzes Berlin (West) im Bundesgebiet nach einem Ausweichstandort suchte. 1959 übernahm Schering die Chemischen Werke von der Harpen AG, nicht zuletzt, weil das Unternehmen über eine große Zahl gut ausgebildeter Mitarbeiter verfügte. Um sie weiter zu beschäftigen, lief die defizitäre Fischer-Tropsch-Anlage neben dem Aufbau neuer Produktionsstätten noch bis 1964.

---

1. Mai 1973: Herbert Wehner unterstützt den Kampf um die Bergbau-Arbeitsplätze

Die Feiern zum 1. Mai haben in vielen Städten den Charakter eines Volksfests angenommen. Das war vor genmau 40 Jahren in Bergkamen und Kamen ganz anders. Der 1. Mai 1973 war ein Kampftag: Kurz vorher waren die Pläne der Ruhrkohle AG bekannt geworden, das Bergwerk Monopol in Kamen wie viele andere im Ruhrgebiet auch zu schließen.



Herbert Wehner unterstützte den Kampf der Bergleute im östlichen Revier um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Er sprach bei der Mai-Kundgebung 1973 in der Kamener Sporthalle. Rechts neben ihm seine Stieftochter und Sekretärin Greta Burmeister und links Monopol-Betriebsratsvorsitzender Heinz Dyduch. Foto: Ulrich Bonke

„Das hätte kurz über lang dazu geführt, dass auch die Zechen in Bergkamen schon recht früh ganz geschlossen wären“, ist heute Manfred Wiedemann überzeugt. Der ehemalige Betriebsratsvorsitzende der neuen Schachtanlage Monopol in Bergkamen war dabei bei der denkwürdigen Mai-Kundgebung vor 40 Jahren in der Doppelturnhalle am Koppelteich in Kamen. Prominenter Unterstützer des Widerstands gegen diese Schließungspläne und Redner bei dieser Maikundgebung war der damalige Fraktionsvorsitzende der SPD, Herbert Wehner.

Als Dank für seinen Einsatz hatte der erste Betriebsratsvorsitzende des neuen Bergwerks Monopol, Heinz Weinberger, acht Jahre Wehner zur Einweihung der neuen Zeche eingeladen. Gleichzeitig ging auch das Kohlekraftwerk in

Bergkamen Heil in Betrieb. Dort hatte sich, wie Weinberger sich noch gut erinnerte, die gesamte Prominenz versammelt. Nach seine Ankuft auf Monopol sei er gefragt worden, ob er nicht auch lieber zum Kraftwerk fahren möchte, berichtet Weinberger. In seiner bekannt unwirschen Art habe er das abgelehnt, so Weinberg. „Ich bin vom Monopol-Betriebsrat eingeladen worden und nicht von denen. Ich bleibe hier."

Wie kam es zum Schließungsbeschluss

Die Gründung der Ruhrkohle AG am 27. November 1968 musste nach über zehnjähriger Dauerkrise des Ruhr-Bergbaus vielen Bergleuten wie ein Hoffnungsschimmer erscheinen. Sie wurde, so die RAG in der Sonderausgabe ihres Mitarbeitermagazins „Steinkohle" anlässlich ihres 40-jährigen Bestehens 2008, „als Konsolidierungsunternehmen der deutschen Steinkohlenbergwerke gegründet. Ihr Ziel bestand darin, eine gesunde, wirtschaftliche und soziale Basis für den Steinkohlenbergbau an der Ruhr und die Beschäftigten der Branche zu schaffen."

Tatsächlich hat sich die Ruhrkohle AG als ein Instrument erwiesen, diese Industriebranche „sozialverträglich", also ohne Massenentlassungen, allmählich auf null zu fahren. Denn die Hauptprobleme des deutschen Steinkohlenbergbaus konnte auch das neue Mammut-Unternehmen nicht lösen: die fehlende Wettbewerbsfähigkeit auf dem Energiemarkt, die nur durch immense Subventionen durch die öffentlichen Hände ausgeglichen werden konnten.

Zechenschließungen und Arbeitsplatzabbau werden die Folgen sein. Das wurde spätestens im August 1970 klar, als das Unternehmen sein „Grundsatzprogramm" vorlegte, das unterm Strich die Stilllegung und die Zusammenlegung von Bergwerken bedeutete.

Die Schließung der Kokerei Minister Achenbach in Lünen im Dezember 1971 und die Zusammenlegung der Schachtanlagen Haus Aden und Grimberg 3/4 in Bergkamen zum 1. Januar 1972 gehörten

zu den ersten Anpassungsmaßnahmen. Die Einstellung des Tagesbetriebs von Grimberg 1/2 Anfang März 1972 fand in der Stilllegungschronologie des Mitarbeiterarbeiter-Magazins schon keine Erwähnung mehr. Rund 1000 Kumpel konnten ab diesem Tag nicht mehr in Bergkamen, sondern nur noch auf der rund fünf Kilometer entfernten Schachtanlage Monopol einfahren. Zwischen diesen beiden Zechen bestand schon in früheren Jahren eine untertägige Verbindung. 1944 wurden sie auch formal zusammengelegt. Eine weitere Stilllegung betraf am 18. Juli des gleichen Jahres die Kokerei der Zeche Sachsen in Hamm. Es folgte am 31. Januar 1975 das Aus für die Zeche Werne und am 30. Juni 1976 für Sachsen in Hamm. Am 12. Juni 1978 kam die Stilllegung der Kokerei Grimberg 1/2. Bis zu diesem Datum wurde dort noch Kohle von der Schachtanlage Monopol verkokst. Deren Kokerei wurde bereits zu Beginn der 40er Jahre zugunsten der Kokerei von Grimberg 1/2 aufgegeben, weil diese im engen Zusammenhang mit den Chemischen Werken Bergkamen und deren Produktion von Kraftstoffen durch eine Kohlehydrieranlage (Fischer-Tropsch-Anlage) stand.

Stilllegungspläne lösen massive Proteste aus



Auf dem Gelände der Zeche Grimberg 1/2 in Bergkamen entstand bis 1981 das neue

Bergwerk „(Neu-)Monopol, die modernste Schachtanlage im europäischen Steinkohlenbergbau. Foto: Ulrich Bonke

Was ebenfalls nicht in den Annalen zum 40-jährigen Ruhrkohle-Jubiläum nicht vermerkt war, waren die Stilllegungspläne in den Schubladen des Vorstands für das Bergwerk Monopol in Kamen aus dem Jahr 1973. Als die bekannt wurden, lösten sie heftige Protestaktionen in der Belegschaft, aber auch in der Bevölkerung und in der Politik der beiden Nachbarstädte Kamen und Bergkamen aus.

Zwei „glückliche“ Umstände sorgten dafür, dass es doch etwas anders kam. Durch die 1. Ölkrise im November 1973 erhielt plötzlich die Kohle einen neuen Stellenwert in der Energiepolitik der Bundesregierung. So wurden die zig Millionen Tonnen Kohle, die wegen des fehlenden Absatzes auf Halde gekippt wurden, zur nationalen Kohlereserve umdeklariert. Außerdem fanden die Monopoler im damaligen Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, einen wortgewaltigen Mitstreiter.

Gerüchte über Schließungspläne für Monopol kursierten schon seit Anfang 1973. Deshalb verzichtete die Schachtanlage darauf, ihr 100-jähriges Bestehen am 3. April 1973 groß zu feiern. Herbert Wehner kam dann am 1. Mai nach Kamen, um unter anderem in der Sporthalle am Koppelteich zu reden. Bei dieser Maikundgebung tauchte zum ersten Mal das Transparent mit der Aufschrift „Monopol muss leben“ auf. Es sollte die zahlreichen Demonstrationen für den Erhalt der Bergbauarbeitsplätze im östlichen Revier in den folgenden mehr als zwei Jahrzehnten begleiten. Ebenfalls Premiere hatte an diesem 1. Mai ein Lied gleichen Titels von der Kamener Songgruppe. Wehner erklärte in Gesprächen am Rande der Kundgebung den damals 3.200 Monopolern und den beiden Städten Kamen und Bergkamen seine volle

Unterstützung.

Diese Hilfe von „Onkel Herbert“ wurde auch dringend benötigt, denn am 7. November 1973 tauchten morgens die ersten Rundfunkmeldungen über die geplante Schließung von Monopol im Jahr 1976 auf. „Dieser Beschluss führte bei unseren Kollegen zu Zorn und Unverständnis, weil zu diesem Zeitpunkt der Nahe Osten zum ersten Mal den Ölhahn zudrehen wollte“, heißt es in der Chronik der IGBCE-Ortsgruppe Kamen. Die Niedergeschlagenheit wurde kurz darauf noch größer, nachdem der damalige IGBE-Vorsitzende Adolf Schmidt während einer Jubilarfeier in Kamen erklärt hatte, dass er Monopol keine Überlebenschance zurechne. Als Reaktion darauf riefen die Gewerkschafter zum Schweigemarsch durch Kamen auf.

Am 17. November 1973 empfing Herbert Wehner eine Delegation aus Kamen und Bergkamen in Bonn. Gegenüber dem Kamener IGBE-Vorsitzenden und Betriebsratsvorsitzenden Heinz Dyduch und den beiden Bürgermeistern aus Kamen und Bergkamen, Friedhelm Ketteler und Heinz Kook, erklärte er, dass die SPD-Bundestagsfraktion sich der Forderung nach Neubau eines Kohlekraftwerks voll anschließe. Zu einem Eklat kam es im Kamener Stadtrat, als er eine Resolution zum Thema verabschieden wollte und sich der ehemalige Kamener Bergwerkschef und damaliges RAG-Vorstandsmitgleid, Dr. Heinz Schucht, sich als SPD-Stadtverordneter für befangen erklärte und den Saal verließ.

Neue Hoffnung keimte auf, nachdem der IGBE-Vorsitzende Adolf Schmidt seine Einschätzung der Zukunftsaussichten Monopols änderte. Vor den Delegierten des Gewerkschaftstags in Dortmund erklärte er, dass die IGBE die 5000 bedrohten Arbeitsplätze auf den Schachtanlagen Hansa und Monopol retten wolle. Im September 1974 gab es aus der RAG-Zentrale die ersten Signale, dass sie nun den Stilllegungsbeschluss überdenken wolle.

Neues Kohlekraftwerk soll Arbeitsplätze retten



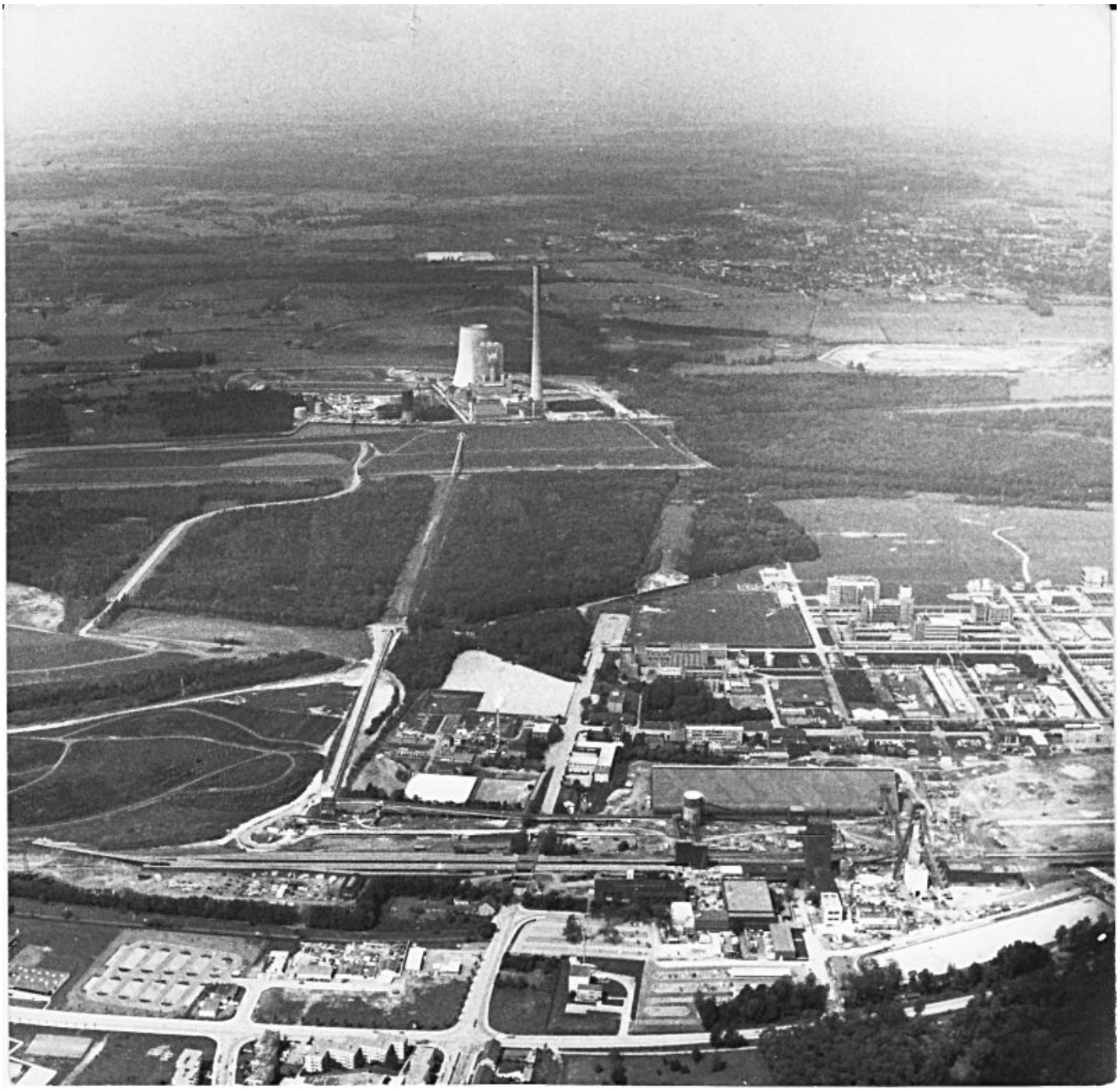
Ministerpräsident Johannes Rau bei der Inbetriebnahme dedes Kraftwerks Heil und des neuen Schachtanlage Neu-Monopol in Bergkamen. Er vertrat den erkrankten Bundeskanzler Helmut Schmidt. Foto: Ulrich Bonke

Ein Jahr später erklärte die NRW-Landesregierung als Antwort auf eine erneute Resolution der Monopol-Belegschaft, dass die Energiewirtschaft ein neues Kohlekraftwerk bauen wolle. Noch größer war die Erleichterung, als die Bundesregierung sowie die beiden Landesregierungen in Düsseldorf und in Saarbrücken ein Milliardenprogramm zur Stützung der Kohle und zur Sicherung der der Energieversorgung ankündigten.

Anfang März 1975 fasste der RAG-Aufsichtsrat den Beschluss, auf dem Gelände der ehemaligen Schachtanlage Grimberg 1/2 in Bergkamen ein neues, wie es damals hieß, das modernste Bergwerk Europas zu bauen. Drei Monate später erklärte Dr. Klaus Schucht vor Bergbau-Experten aus den USA, die Monopol im Rahmen einer Studienfahrt besuchten, dass durch diesen Neubau die einmalige Chance erwachse, die Rahmenbedingungen für eine „menschenwürdige Industrie“ zu schaffen. Allein der Neubau

erforderte eine Investitionssumme von über 500 Mio. DM. Hinzu kamen die Kosten für das VEW/Steag-Gemeinschaftskraftwerk in Bergkamen-Heil.

Über fünf Jahre nach seiner Mai-Rede in Kamen lud der Monopol-Betriebsrat Herbert Wehner noch einmal zum Besuch der Kamener Schachtanlage ein. In der Betriebsversammlung am 22. September 1979, bei der der SPD-Politiker auf jeglichen Polizeischutz verzichtet hatte, überreichte Betriebsratsvorsitzender Heinz Dyduch ihm eine Erinnerungsurkunde mit den Worten „Sie sind ein Freund der Monopol-Belegschaft“.



Luftaufnahme vom neuen Bergwerk Monopol und des Kraftwerks

Heil.

Jugenddorf und Pestalozzidorf ein Familienersatz für junge Bergleute

Für alle Bergwerke im Ruhrgebiet galt, dass die Restbelegschaften nach dem 2. Weltkrieg überaltert waren. Sie brauchten dringend Nachwuchs, der zudem bereit war, sich für den Bergmannsberuf zu qualifizieren. Und dieser Nachwuchs kam auch aus vielen Regionen Deutschlands, weil der Bergbau nach dem Krieg das bot, was in dessen Heimat fehlt: krisensichere Arbeitsplätze.



Die Gebäude des ehemaligen Bergbaujugenddorfs an der Stormstraße in Oberaden. Foto: Ulrich Bonke

Das erste Berglehrlings-Heim wurde in Oberaden im Dezember 1949 im Bereich Sundern eröffnet, ein zweites, wesentlich größeres 1953 am Südrand der Römerberg-Siedlung an der heutigen Stormstraße. „Aufgabe der Lehrlingsheime und der in

ihnen tätigen erfahrenen Erzieher und Gruppenleiter war es, den Auszubildenden, die während ihrer Lehrzeit fernab von Heimat, Familien und Eltern leben mussten, umfassende Geborgenheit und ein Zuhause mit familiären Charakter zu bieten“, berichtet Stadtarchivar Litzinger. Dies geschah ab 1951 in enger Zusammenarbeit mit dem Hilfswerk „Christliches Jugenddorfwerk Deutschland“ mit Sitz im Stuttgart.

In Weddinghofen entstand 1951 das sogenannte Pestalozzi-Dorf an der heutigen Schulstraße zwischen dem Kreisel am Berufskolleg und der Pfalzstraße. Es waren drei große Doppelhäuser für jeweils vier Familien. Jede dieser Familien betreute bis zu sechs Berglehrlinge. Dazu gab es einen Dorfleiter, der auch das Geld der Nachwuchskräfte verwaltete. Die Berglehrlinge erhielten von ihrem Lohn lediglich ein Taschengeld. Der Rest kam nach Abzug der Verpflegungskosten auf ein Sparkonto als Rücklage für Kleidung und anderes mehr.

Ende 1954 erhielt das Pestalozzi-Dorf eine Erweiterung mit zwei zusätzlichen Häusern für acht Familien. Bis zu 116 Berglehrlinge wurden in der stärksten Belegungszeit durch die Familien im Weddinghofer Pestalozzi-Dorf betreut. Mit dem Einsetzen der ersten Bergbaukrise nach dem Krieg 1957/1958 verloren die Lehrlingsheime immer mehr an Bedeutung. In die nicht mehr genutzten Wohnungen des Pestalozzi-Dorfs zogen die Familien von „Zechenbeamten“ ein. Das Heim im Sundern wurde ab 1. Oktober 1965 Nebenstelle der Polizeischule Bork. Das Jugenddorf an der Stormstraße wurde bis weit in die 1990er Jahre für die Unterbringung von Spätaussiedlern und Flüchtlingen aus Krisengebieten genutzt. Nach einer gründlichen Sanierung und Modernisierung bietet es heute Mietwohnungen und Raum für einen Kindergarten.

Hafen in Rünthe war ein Industriestandort von besonderer Bedeutung

Wer heute die schmucke Marina in Rünthe mit ihrem teilweise fast mediterranen Flair sieht, vermutet kaum, dass sie wie vieles in der Nordbergstadt ein „Kind” des Bergbaus ist. Am Anfang stand natürlich der Datteln-Hamm-Kanal. 1912 wurden die Erdarbeiten mit rund 200 Arbeitern vorwiegend aus Kroatien und Italien im Raum Rünthe gestartet. Einweihungstermin war der 17. Juli 1914.



13_1 Klöckner-Hafen um 1965. Im Hintergrund die Waldungen des Großen Holzes und dahinter links die Industrieanlagen in Bergkamen (Schering und die Zeche Grimberg I-II). Foto: Stadt Bergkamen

Bei der Planung des Kanals spielten dessen spätere Vorzüge als kostengünstiges Transportmittel für Massengüter keine Rolle. Er sollte vor allem das westdeutsche Kanalnetz mit Wasser versorgen. Er endete deshalb in diesem ersten Bauabschnitt an einer Wasserübergabestelle an der Lippe bei Hamm. Nach und nach entdeckte die Klöckner Werke AG, dass die auf ihren Zechen Werne und Königsborn geförderte Kohle sich auf dem

Wasser wesentlich günstiger zu den Kunden bringen ließe. Die Kohleschiffe wurden zunächst „von oben” befüllt. Die Kohlezüge hielten auf der Zechenbahnbrücke über dem Datteln-Hamm-Kanal. Durch eine Öffnung in der Brücke fiel die Kohle nach unten in den Frachtraum der Kanalschiffe.

Dieses Provisorium hielt zunächst für Jahre. Zwar wurden die Bauarbeiten für den Klöckner-Hafen in Rünthe im Herbst 1937 gestartet, sie kamen aber mit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zum Erliegen und wurden erst 1947 fortgesetzt. Die ursprünglich geplante Anbindung des Rünther Hafens an die Zechenbahnlinie Werne-Königsborn, die 1940 betriebsbereit war, wurden dann aber nicht mehr realisiert.

Ende 1956 erhielt der Hafen einen Turmdreh- und Verladekran. 1960 ermöglichte es Klöckner anderen interessierten Unternehmen, sich dort anzusiedeln. „Von nun an kamen im Rünther Hafen neben der Steinkohle auch in großen Mengen Baustoffe wie Kies, Sand und Moräne, Transportbeton, Straßenbaumaterial, Futtermittel und sogar Heizöl und vieles mehr zum Umschlag”, berichtet Stadtarchivar Martin Litzinger. Der Hafen habe sich in der ersten Hälfte der 60er Jahre in Rünthe zu einem „neuen Industrie- bzw. Wirtschaftsstandort von besonderer Bedeutung” entwickelt.

Von dieser Herrlichkeit ist zum Ende der 80er Jahre nicht viel übrig geblieben. Bis auf den Standort einer Fertigbeton-Firma war der Rünther Hafen nur noch eine öde Fläche. Das änderte sich erst, als dieser Standort einer Tochterfirma des Baukonzerns Heitkamp, „Impro”, ins Auge fiel. Sie hatte wohl als eine der Ersten die hohen Freizeitqualitäten der Kanäle im Ruhrgebiet und deren Potenziale entdeckt und plante eine Kette sogenannter „Marinas” an den Schifffahrtswegen. In Rünthe sollte der Anfang gemacht werden.



Marina Rünthe heute

Zum offiziellen Start im März 1991 reiste Landesumweltminister Klaus Matthiesen an, um symbolisch einen Baum zu pflanzen. Zu diesem Zeitpunkt gab es allerdings auch einige Politiker in Bergkamen, die dem Erfolg nicht trauen mochten. Teilweise erhielten sie Recht: Heitkamp begrub die Marina-Pläne. Grund für das Scheitern, so Spaßvögel: Matthiesen habe nicht, wie angekündigt, am Kanalufer eine deutsche Eiche, sondern nur einen kanadischen Ahorn gepflanzt.

Die Stadt und auch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft hielten danach ab 1995 aber an der Marina-Idee fest. Und das war auch gut so, wie das heute zu besichtigende Ergebnis zeigt. Der Freizeithafen hat sich zu einem der wichtigsten Bausteine des Strukturwandels entwickelt. In die Entwicklung der Marina sind bis in dieses Jahrtausend hinein etliche Millionen Euro an Fördermittel der EU und des Landes NRW geflossen, die den Niedergang des Bergbaus in Bergkamen abfedern sollten.

Rund 8,8 Mio. Euro sind an öffentlichen Mitteln in die Marina Rünthe geflossen. Hinzu kamen private Investitionen in Höhe von 20 Mio. Euro. Angesiedelt haben sich 28 Firmen mit rund 350 Arbeitsplätzen. Der Branchenbesatz reicht dabei von hafentypischen Betrieben, wie Bootsfahrschulen und Charterunternehmen, über Produktionsfirmen und Softwareentwickler bis hin zu Weiterbildungs- und Qualifizierungseinrichtungen sowie gastronomischen Betrieben.

Vor 80 Jahren begann der Nazi-Terror im KZ Schönhausen

Vor genau 80 Jahren begann eines der dunkelsten Kapitel der Geschichte der heutigen Stadt Bergkamen in der Zeit des Nationalsozialismus: Im „Konzentrationslager Schönhausen“ im heutigen Gemeindehaus der Freikirchlichen Gemeinde an der Lentstraße wurden die ersten Kritiker und Gegner des Hitler-Regimes inhaftiert.



Ehemaliges Wohlfahrtsgebäude in der Bergarbeitersiedlung Schönhausen

Der durch den damaligen Reichskommissar für das preußische Innenministerium Hermann Göring eingesetzte kommissarische Landrat im Kreis Unna, Wilhelm Tengelmann, ließ am 12. April 1933 in den frühen Morgenstunden 489 führende Mitglieder der KPD durch die Polizei und ihre nazitreuen Hilfskräfte verhaften. Ein großer Teil wurde zum neu eingerichteten KZ Schönhausen in der damaligen Bergarbeitergemeinde Bergkamen gebracht. Die übrigen Gefangenen wurden zu umliegenden Gefängnissen, Zuchthäusern und Sammellagern transportiert – unter anderem zur berüchtigten Dortmunder Steinwache. Dort, aber auch in Schönhausen gehörten Folter und Misshandlungen

durch die Wachmannschaft zum Alltag der Gefangenen.

Als „sadistisch und pervers“ bezeichnete der Kaufmann Dr. Busch aus Unna in einem Beschwerdebrief an den Nachfolger von Tengelmann die Quälereien, die er nachts am 13. April 1933 in Bergkamen erlitten hatte. Geschlagen worden sei er von SA- und SS-Leuten mit einer Eisenstange und einem Gummiknüppel. Folge der Schläge auf seinen Kopf sei der Verlust seines Geruchssinnes.

Fast 1000 Frauen und Männer in „Schutzhaft“

Fast 1000 Frauen und Männer gerieten bis zur Auflösung des Lagers am 24. Oktober 1933 in Schönhausen in die sogenannte Schutzhaft. Den KPD-Mitgliedern folgten Sozialdemokraten, Gewerkschafter und auch rund ein Dutzend Personen jüdischen Glaubens. Da das KZ Schönhausen nach Schätzung des Bergkamener Stadtarchivars Martin Litzinger lediglich bis zu 200 Häftlingen aufnehmen konnte, musste möglichst schnell Platz durch Verlegungen in andere Sammellager und Zuchthäuser geschaffen werden. Auch dafür hatte Landrat Wilhelm Tengelmann dank seiner hervorragenden Verbindungen zum preußischen Innenminister Göring und zu dessen Polizeiführung im Ruhrgebiet und Rheinland gesorgt.



Waschkabinen im Wohlfahrtsgebäude

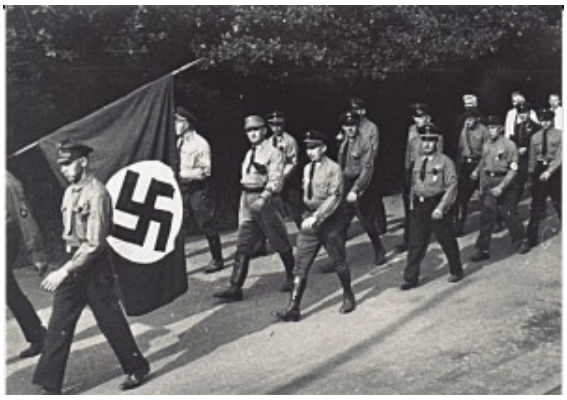
Wegen des Platzmangels gab es außer einigen Stühlen keine Möbel. Von den Wachmannschaften erhielten die Häftlinge nur trockenes Brot sowie dünnen Kaffee oder Brühe. Weitere Verpflegung brachten Angehörige. Misshandlungen und Folterungen der Inhaftierten standen auf der Tagesordnung.

Bereits am 15. April 1933 erfolgte per Bahn der erste Sammeltransport mit 60 Gefangenen zum Konzentrationslager Brauweiler in Pulheim bei Köln. Wenige Stunden später erhängte sich dort der Häftling und ehemalige KPD-Funktionär Ernst Bronheim. Für die Historiker Hermann Daner und Josef Wißkirchen, die die Geschichte des KZ Brauweilers erforscht haben, steht fest, dass die Ursache für diesen Selbstmord in den vorher erlittenen Misshandlungen in Schönhausen zu suchen seien.

Gerüchte, Bronheim sei während des Transports von Wachmannschaften erschossen worden, dementierte die NS-Nachrichtenstelle im Kamener Rathaus sofort und drohte, wer in Zukunft solche Gerüchte in die Welt setze, „wird sofort verhaftet“.

Einschüchtern und gefügig machen

Die neuen Machthaber machten keinen Hehl daraus, was hinter den Mauern des Wohlfahrtsgebäudes geschah. Ihr Ziel war es, die Bergkamener Bergarbeiter und deren Angehörige einzuschüchtern und gefügig zu machen.



SA marschiert durch

Bergkamen.

Die Schreie der Gequälten waren bis weit in die Bergarbeitersiedlung Schönhausen zu hören. Mindestens zwei Mal standen Berichte über das Lagerleben im Hellweger Anzeiger und anderen nicht verbotenen Tageszeitungen im Kreis Unna. „Das neue Deutschland aber will ein Kulturstaat sein und deshalb auch mit seinen jetzt ohnmächtigen Feinden menschlich verfahren“, heißt es beschönigend in der Ausgabe des HA vom 30. Mai. Und nur wenige Sätze weiter: „Hier lernen sie endlich einmal das Gesetz des Unterordnens; denn hier gilt nur ein Wille: der des Lagerkommandanten, und der wieder handelt nach dem Willen und im Sinne unseres großen Führers Adolf Hitler.“

Vermutlich hat auch hier kein Redakteur das Lager von innen gesehen. Gedruckt wurde das, was die die NS-Nachrichtenstelle im Kamener Rathaus als Text vorgegeben hatte. Das geschah auch so einen Monat vorher bei einem Bericht über die „Geburtstagsfeier“ für Adolf Hitler am 20. April 1933. Im Kamener Stadtarchiv befindet sich dazu das Manuskript, das am 24. April 1933 im Hellweger Anzeiger veröffentlicht wurde.

„Umerziehungslager“

Die neuen lokalen NS-Herrscher betrachteten das „Konzentrationslager Schönhausen“ als eine Art Umerziehungslager, in dem sie die Insassen folterten und misshandelten. Direkte Todesfälle sind nicht bekannt, doch manche Insassen wurden durch den Terror so gebrochen, dass sie sich später das Leben nahmen.

Verantwortlich für die Einrichtung des KZ Schönhausen waren die örtlichen Nazi-Größen. So erklärte der Bürgermeister des Amtes Pelkum, zu dem die Altgemeinde Bergkamen damals gehörte, am 22. März 1933: „Es ist zwingend notwendig, die schnellste Schaffung von Konzentrationslagern durchzuführen.“ Das erledigte Landrat Wilhelm Tengelmann im ehemaligen

Wohlfahrtsgebäude in Schönhausen innerhalb von gut drei Wochen.

Gerade dort ein Konzentrationslager einzurichten, hatte mehrere Gründe. So war zu diesem Zeitpunkt das Deutsche Reich Eigentümer des Gebäudes wie auch der Schachtanlagen Monopol in Kamen und Grimberg 1/2 in Bergkamen samt der dazugehörigen mehreren Tausend Bergarbeiterwohnungen in beiden Städten. Vorher gehörte es als Teil der Gelsenkirchner Bergwerks-Gesellschaft zum Montan-Imperium des Industriellen Friedrich Flick.

Doch der Finanzjongleur Flick geriet durch den Börsenzusammenbruch 1929 und die nachfolgende Weltwirtschaftskrise finanziell ins Straucheln. Der Kursverfall seines Aktienbesitzes sorgte dafür, dass sie keine Sicherheiten für seine Bankschulden mehr boten. Gerade zur rechten Zeit kursierten Gerüchte, eine französische Bank hätte Flick ein derart interessantes Angebot für seine Zechen an der Ruhr unterbreitet, dem er eigentlich nicht widerstehen könne. Damit dieser wichtige Teil der deutschen Wirtschaft nicht in die Hände des „Erbfeindes“ fallen konnte, kaufte die Reichsregierung unter Kanzler Brüning die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft zu einem vielfachen des Aktienkurses.

Während Flick zwar mit Blessuren, aber keineswegs als armer Mann die Krisenjahre überstand, litten die Bergleute auf den Schachtanlagen im Kamen und Bergkamen bittere Not. Wegen der geringen Nachfrage nach Kohle wurden viele Kumpel arbeitslos und diejenigen, die noch auf den Lohnlisten standen, mussten empfindliche Einkommensverluste durch sogenannte Freischichten und Lohnkürzungen hinnehmen. 1936 kaufte Flick vom Reich die Aktien zurück. Vorher war die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft in der Essener Steinkohlenbergwerke AG aufgegangen.

Landrat mit guten Verbindungen



Kommissarischer Landrat des Kreises Unna Wilhelm Tengelmann

Hilfreich für die Einrichtung des Konzentrationslager Schönhausen war sicherlich, dass Landrat Wilhelm Tengelmann seit 1930 Betriebsinspektor auf der Schachtanlage Monopol in Kamen war, also als Chef direkten Zugriff auf das Wohlfahrtsgebäude hatte. Seinen Posten in Kamen und den des Landrats Unna gab er 1933 auf, nachdem ihn sein Freund Hermann Göring als Wirtschaftsberater nach Berlin gerufen hatte. Wilhelm Tengelmann war übrigens ein Sohn des Vorstandsvorsitzenden der Essener Steinkohlenbergwerke AG, Ernst Tengelmann. Ab 1930 unterstützten die Tengelmänner, dazu gehörte auch Wilhelms Bruder Walter, wie Friedrich Flick finanziell die NSDAP. Das war einer von vielen Vorwürfen gegen Flick und seine Wegbegleiter in den Kriegsverbrecherprozessen in Nürnberg.

Ein vielleicht ebenso wichtiger Grund für die Einrichtung des KZ war für die Nazis, dass trotz ihres Terrors, der nach dem Reichtagsbrand am 27. Februar 1933 verstärkt wurde, und trotz aller Propaganda die meisten Menschen im Kreis Unna sich nicht

mit den neuen braunen Herrschern anfreunden konnten. So feierten zum Beispiel die Bergkamener Nazis die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler mit zweitägiger Verspätung unter massivem Polizeischutz mit einem Fackelzug erst am 1. Februar.

Dass die meisten Bergkamener den Nationalsozialisten ablehnend gegenüberstanden, zeigen auch die Ergebnisse der Reichstagswahlen am 7. März: Nur 32,9 % der Stimmen erhielt die NSDAP in Bergkamen. Bei den Kommunalwahlen fünf Tage später traten die Nazis in der Hoffnung, so Stimmen aus dem bürgerlichen Lager zu erhalten, nicht unter ihrem Parteinamen, sondern als „Liste Schmidt“ an. Die Liste gewann aber nur sieben von 15 Sitzen im neuen Gemeinderat. Die Stimmenmehrheit war erst sicher, nachdem der Gemeindevertreter der KPD vor der konstituierenden Sitzung verhaftet wurde. Bei der Bürgermeisterwahl erhielt der bisherige sozialdemokratische Gemeindevorsteher Dröge nur die fünf Stimmen seiner eigenen Partei und unterlag.

Mit der Bewachung der Gefangenen und der Verwaltung des Konzentrationslagers Schönhausen beauftragte Tengelmann als Polizeichef SA, SS und Stahlhelmmänner der Hilfspolizei Kamen-Bergkamen. Für sie wurde im Zechenkasino von Grimberg I/II eine zweite Bereitschaftsunterkunft eingerichtet.

Nach den Kommunisten kamen die Sozialdemokraten

Zu den prominenten Sozialdemokraten unter den Schönhausen-Häftlingen gehörten der Monopol-Betriebsrat und Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion in Kamen, Valentin Schürhoff und der Chefredakteur der SPD-Zeitung „Der Hammer“, Walter Poller. Ein enger Mitarbeiter Walter Pollers in der Redaktion des „Hammers“, Hubert Biernat, konnte sich allerdings der Inhaftierung durch Flucht aus der elterlichen Wohnung, Reinhardstraße 1, in Heeren-Werve entziehen, indem sein Vater, Bergmann auf der Schachtanlage Königsborn 2, die SA-Leute

täuschte.



Walter Poller und Frau im Garten beim Kaffeetrinken

Biernat, der nach dem Krieg Landrat des Kreises Unna, Regierungspräsident in Arnsberg, Abgeordneter des NRW-Landtags und NRW-Innenminister werden sollte, ging in den Untergrund und flüchtete übers Rheinland nach Belgien. Im Spätherbst 1933 kehrte er ins östliche Ruhrgebiet zurück und schloss sich der Widerstandsgruppe um Walter Poller an. In der Nacht zum 1. November 1934 verhaftete die Gestapo erneut Walter Poller. Trotz brutaler Folter in der berüchtigten Dortmunder „Steinwache“ verriet er keinen seiner Mitstreiter. Am 29. Juni 1935 wurde Poller wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu einer Zuchthausstrafe von vier Jahren verurteilt. Die verbrachte er in Gefängnissen in Münster, Neusustrum, Börgermoor, Plötzensee, Oslebshausen, Celle und dem Moorlager Lührsbockel in der Lüneburger Heide. Danach wurde er erneut verhaftet und über Celle und Dortmund ins KZ Buchenwald gebracht. Seine Erinnerungen fasste Walter Poller in dem Buch „Arztschreiber in Buchenwald“ zusammen. 1940 wurde er aus dem KZ entlassen. Nach dem Krieg wurde Poller erster Chefredakteur der „Westfälischen Rundschau“.

Am 20. Oktober 1933 teilte der neue Unnaer Landrat Dr. Heinrich Klosterkemper der Lagerverwaltung mit, dass auf Anordnung des preußischen Innenministers die kleineren Lager,

also auch das Konzentrationslager Schönhausen, aufzulösen seien. Dieser Anordnung kam man am 24. Oktober 1933 nach. Die letzten Häftlinge wurden entweder entlassen oder in die Emslandlager und das KZ Oranienburg verlegt.

Erinnerungen an das Grubenunglück auf Grimberg 3/4 sind immer noch wach



Trauerfeier für die Opfer des Grubenunglück am 20. Februar 1946.[/caption]

Der 20. Februar 1946 ist der schwärzeste Tag in der

Bergkamener Bergbaugeschichte. Kurz nach 12 Uhr erschütterte eine gewaltige Explosion im Bergwerk Grimberg 3/4 die Stadtteile Weddinghofen, Bergkamen-Mitte und Oberaden. Durch dieses schwerste Grubenunglück in der Geschichte des deutschen Steinkohlenbergbaus verloren 405 Menschen ihr Leben.

Die Wucht der Explosion war so gewaltig, dass über Tage die Schachthalle einstürzte. Eine 300 Meter hohe Stichflamme schlug aus dem Schacht. Die Bunkeranlagen und Seilfahrtaufgänge wurden zerfetzt, das Strebengerüst beschädigt und die Schachteinbauten mit den Fördereinrichtungen völlig zerstört. Der Seilfahrtkorb jagte in den Turm und wurde auf ein Drittel seiner ursprünglichen Höhe zusammengestaucht. Tag und Nacht waren Grubenwehren aus dem gesamten östlichen Ruhrgebiet im Einsatz, um Überlebende zu bergen. Drei Tage dauerten die dramatischen Rettungsaktionen, die bis zur Unerträglichkeit durch ungeheuren Wetterzug und die in den Schacht herabstürzenden kalten Wassermassen erschwert wurden. Nach zwei Nachexplosionen am 21. und 22. Februar 1946 breiteten sich in der Grube die Brände weiter aus.

Drei Tage nach der Katastrophe wurden acht Überleben gerettet



Wartende Menschen vor der Unglückszeche Grimberg 3/4.

Als die Rettungstrupps am Abend des dritten Tages aufgeben wollten, fanden sie schließlich weitere acht Überlebende. In

der Nacht zum 24. Februar wurden sie über den Schacht Grillo in Kamen zu Tage gebracht. Zu den Todesopfern zählten auch drei Offiziere der britischen North German Coal Control (NGCC). Die Söhne englischer Bergwerksbesitzer interessierten sich damals für einen modernen Kohlehobel, der auf Grimberg 3/4 eingesetzt wurde.

Regierungspräsident Fritz Fries setzte sich in seiner Rede während der Trauerfeier am 3. März für Verbesserungen der Sicherheit im Bergbau ein: „In den vergangenen zwölf Jahren ist leider auf diesem Gebiete nicht alles Notwendige geschehen. Der Raubbau des Nazisystems im Bergbau bedingte schwere Versäumnisse in den Sicherheitsmaßnahmen. Aber auch in den vergangenen Monaten hätte man schneller an die Korrigierung der Unterlassungen in den notwendigen Sicherheitsmaßnahmen gehen können.“ Berghauptmann Nolte vom Oberbergamt Dortmund forderte die Klärung der Ursache des Unglücks. Er versprach, die Verantwortlichen streng zur Rechenschaft zu ziehen.

Mahnmal erinnert an 405 Tote

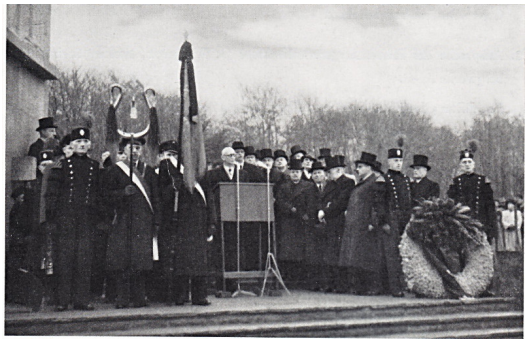


Mahnmal für das Grubenunglück

Genau sechs Jahre nach dem Unglück wurde am 20. Februar 1952 auf dem damaligen neuen Kommunalfriedhof in Weddinghofen (heute der Waldfriedhof am Südhang) das neun Meter hohe Mahn- und Ehrenmal eingeweiht. Der dreieckige Turm zeigt vorn links einen Bergmann, der sich auf einer Hacke stützt, und vorn rechts eine Bergmannsfrau, die tröstend ihr Kind hält. Auf der dem Wald zugewandten Rückseite sind die Namen aller Todesopfer eingemeißelt worden. Das Denkmal versinnbildlicht den Schachtturm, durch den die Bergleute eines Tages einfuhren und durch ein verheerendes Unglück überrascht wurden. Am Fuß des Turms befindet sich ein Sarkophag mit den Symbolen des Bergmannberufs „Schlägel und Eisen” mit aufgelegtem Lorbeer.

Die Ursache der verheerenden Katastrophe ist bis heute nicht restlos geklärt. Immer noch kursieren Gerüchte über Sabotage. Der Betriebsrat von Kuckuck, wie die Schachtanlage Grimberg 3/4 im Volksmund genannt wird, setzte eine Belohnung von 1000 Reichsmark für die endgültige Klärung des Unglücks aus. Als

sicher anzusehen ist jedenfalls, dass eine Schlagwetterexplosion eine Kohlenstaubexplosion nach sich zog.



Einweihung des Ehrenmals auf dem Weddinghofer Waldfreidhof am 20. Februar 1952

Die wirtschaftliche Lage der Hinterbliebenen war auch sechs Jahre nach der Katastrophe, als das Denkmal eingeweiht wurde, denkbar schlecht. Zwar setzte direkt nach Bekanntwerden der Katastrophe eine Spendenflut aus ganz Deutschland ein, doch sowohl die Verteilung der Gelder als auch der Umfang der Unterstützung wurden damals von den Hinterbliebenen kritisiert. Auch die Sonderzuwendung der Zechenverwaltung von 200 Reichsmark und der Verzicht der Zeche auf das Sterbegeld der Ruhrknappschaft in Höhe von 150 RM zugunsten der Angehörigen konnten die Not nicht wesentlich lindern.

Hinterblieben erlitten bittere Not

Deutlich wird die Kritik an der Unterstützung der Hinterbliebenen in dem Rechenschaftsbericht von Valentin Schürhoff, dem Vorsitzenden des Kuratoriums der Grimberg-Spende, vom 30. August 1949. Valentin Schürhoff war bereits vor der NS-Zeit Betriebsrat auf Monopol sowie SPD-Fraktionsvorsitzender im Kamener Stadtrat. Nach Kriegsende ernannte ihn die britische Militärregierung im Mai 1945 zum Beigeordneten (stellv. Bürgermeister) der Stadt Kamen.

Das Kuratorium der Grimberg-Spende wurde vom damaligen

Landesarbeitsminister Halbfeld auf Anregung der Gewerkschaft eingesetzt und hatte alleinige Vollmacht über die Spendengelder. Insgesamt waren 2,8 Millionen Reichsmark zusammengekommen. Bis zur Währungsreform wurde an die Hinterbliebenen die Hälfte der Spendengelder ausgezahlt: Jede der etwa 300 Witwen erhielt 3000 und jedes Kind 600 Reichsmark. Doch durch die Währungsreform blieben von der zweiten Hälfte nur noch zehn Prozent, 140 000 Mark, übrig, die wiederum, so Valentin Schürhoff, zur Hälfte blockiert waren.

Da eine weitere allgemeine Unterstützung den Kuratoriumsmitgliedern mit den begrenzten Mitteln nicht mehr möglich schien, beschlossen sie im Oktober 1948, die Beträge, die für das Studium der Kinder vorgesehen waren, sicherzustellen. An alle Schulabgänger sollten 100 Mark zur Anschaffung von Berufskleidung und an alle Frauen mit vier oder mehr Kindern 15 Mark für Einkellerungskartoffeln gezahlt werden. Gerade der letzte Punkt stieß auf Kritik. Viele Witwen forderten die gleiche Unterstützung. Doch da die Rentenzahlung nur die ersten drei Kinder mitberücksichtigte, entschloss sich das Kuratorium die schlechter gestellten Familien mit vier und mehr Kindern besonders zu unterstützen.

Währungsreform ließ Spendensumme schrumpfen

Auch die Bemühungen Valentin Schürhoffs bei den amerikanischen und britischen Offizieren, die 1,4 Millionen Reichsmark im Sinne der Hinterbliebenen nur auf 30 Prozent abzuwerten, blieben erfolglos. Am 6. September 1949 legte das Kuratorium den Witwen im Bergkamener Kino „Schauburg“ an der Bambergstraße Rechenschaft ab. Gegen zwei Kuratoriumsmitglieder sollen sogar gegen Ende des Jahres 1946 gerichtliche Schritte wegen Schludereien bei der Verteilung eingeleitet worden sein. Eindeutige Quellen, die diese Vorwürfe belegen könnten, sind allerdings nicht bekannt.

Lediglich 64 Grimberg-Kumpel konnten trotz des unermüdlichen Einsatzes zahlreicher Grubenwehren lebend geborgen werden. Eine effektivere Rettungsaktion, und das war eine bittere Lehre des Grubenunglücks, verhinderte die schlechte technische Ausrüstung der Grubenwehrmänner. So ließ es der begrenzte Aktionsradius der Beatmungsgeräte nicht zu, dass die Rettungskräfte bis zur 2. Sohle vordringen konnten. Dort lag der Ausgangspunkt des Unglücks. Als Konsequenz aus dem Bergkamener Grubenunglück und den deutlichen Versäumnissen im „Dritten Reich“ und der anschließenden Besatzungszeit wurde die Entwicklungen im Sicherheitsbereich sowohl für die Grubenwehr als auch für den einzelnen Bergmann energisch vorangetrieben.



Die Zeche Grimberg 3/4 Anfang der 1950er Jahre.